Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.

tier ärzte wonsees

NEWSLETTER

26.11.2022

Der Wochenüberblick vom Samstag für Schweinehalter

Europäischer Antibiotikatag rückt Resistenzen in den Vordergrund, 21.11.2022

Die Menge der in der Tiermedizin abgegebenen Antibiotika in Deutschland ist nach Angaben des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) innerhalb von zehn Jahren um 65% gesunken. Trotz dieser erfreulichen Entwicklung mahnte der Grünen-Agrarsprecher im EU-Parlament, Martin Häusling, anlässlich des „Europäischen Antibiotikatages“ am Freitag (18.11.) weiteren Handlungsbedarf wegen zunehmender Antibiotikaresistenzen an.

„Eine bedeutende Stellschraube ist die Einschränkung der Antibiotikagaben in der Tierhaltung, insbesondere der Tiermast“, betonte Häusling. Der statistische Rückgang der Abgabemengen sage wenig über den tatsächlichen Einsatz der Antibiotika aus, denn dieser sei auch auf die rückläufigen Tierzahlen zurückzuführen. Häusling rief dazu auf, Alternativen zur Antibiotikagabe stärker in den Fokus zu nehmen.

„Durch verbesserte Haltungsbedingungen, durch Zucht und Fütterung können wir sehr viel für die Gesundheit unserer Nutztiere tun“, so der Grünen-Politiker. Diese Möglichkeiten müsse dringend genutzt werden, um die lebensrettende Wirkung von Antibiotika für den Menschen zu erhalten. Nordrhein-Westfalens Landwirtschaftsministerin Silke Gorißen hob hervor, dass die Anwendung von Antibiotika bei landwirtschaftlichen Nutztieren in den vergangenen Jahren deutlich reduziert werden konnte.

Es gebe aber weiter Infektionskrankheiten bei Tieren. „Die entsprechende Behandlung kranker Tiere muss daher unter Be-achtung der Rechtsvorgaben weiterhin möglich sein“, betonte die Ministerin. Für die gezielte Anwendung würden strenge tierarzneimittelrechtliche Vorgaben gelten, weshalb die Entwicklung resistenter Keime als Gefahr für die menschliche Gesundheit „maximal reduziert wird".

Der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Prof. Andrew Ullmann, wies darauf hin, dass multiresistente Erreger global ein ernstes Problem seien. Schätzungen gingen davon aus, dass ab 2050 bis zu 10 Millionen Menschen jährlich daran sterben könnten. Es brauche „deshalb dringend finanzielle Anreize für die Pharmaforschung“, forderte Ullmann. Bund und Länder müssten bessere Rahmenbedingungen für die Ansiedlung von forschender und produzierender Pharmaindustrie schaffen, um Antibiotikaresistenzen zu begegnen.

Quelle: proplanta.de

Schweinemast: Erlöse sinken schneller als Produktionskosten, 23.11.2022

Eine aktuelle Analyse der AMI zeigt: Die Schweinemast war in Deutschland trotz gesunkener Futter- und Ferkelkosten im Oktober nicht wirtschaftlich. Nachdem im August und September dieses Jahres eine kostendeckende Schweinemast möglich war, änderte sich bereits im Oktober die Situation wieder. Dabei wirkten sich besonders die gesunkenen Schlachterlöse aus.

Im Oktober und November verringerten sich die Aufwendungen für die Ferkel und für Futter. Doch diese Ersparnis reichte nicht aus, um den niedrigeren Schlachtschweinepreis auszugleichen. Eine Vollkosten deckende Schweinemast war nach dem Modell der Agrarmarktinformations-GmbH im November ebenso wie schon im Oktober nicht möglich.

Derzeit werden 58% aller Kosten allein für den Futteraufwand verwendet. Aktuell schreiben die Mäster Verluste von 3 €/Schwein. Für eine rentable Schweinemast wäre mindestens ein Schlachtschweinepreis von 1,98 €/kg nötig. Erzeuger hoffen auf eine Belebung des Handels durch das Weihnachtsgeschäft, damit dürfte sich die wirtschaftliche Situation der Schweinehalter wieder verbessern.

Quelle: topagrar.com; AMI

Baugesetzbuch: Novellierung mit Einschränkungen?, 24.11.2022

Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) hat angekündigt, dass Baugesetzbuch (BauGB) ändern zu wollen. Dadurch soll in Deutschland der Bau von mehr Tierwohlställen erleichtert werden. top agrar liegt ein Schreiben vor, das Formulierungsvorschläge für die bauliche Anpassung von Tierhaltungsanlagen an die Anforderungen des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes enthält. Das Papier richtet sich an die Regierungsfraktionen. Demnach soll der §245a, Abs. 5 BauGB um eine Regelung ergänzt werden, die unter bestimmten Voraussetzungen den Umbau von gewerblichen Tierhaltungsanlagen planungsrechtlich erleichtert.
Künftig soll es bauliche Erleichterungen für gewerbliche Schweineställe (§35 Abs. 1 Nr. 4 BauGB) nur geben, wenn:

- Die Anzahl der Tierplätze nach dem Umbau nicht erhöht wird und die Tierart nicht verändert wird.
- Die Umbaumaßnahmen den Anforderungen an die Haltungsform Frischluftstall, Auslauf/Freiland oder Bio im Sinne des §4 des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes (THKG) genügt.
- Durch die bauliche Änderung die Grundfläche und die Höhe der baulichen Anlage nicht vergrößert wird. Ausgenommen davon sind Ausläufe, die den Anforderungen an die Haltungsform Frischluftstall, Auslauf/Freiland oder Bio genügen.

Sollte die geplanten Änderungen im BauGB so umgesetzt werden, hieße das, dass Änderungsgenehmigungen nur für Betriebe ausgestellt werden, die ihre Tierhaltung nach den Anforderungen des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes umbauen.
Profitieren würde von der Neuregelung zudem nur ein Teil der Betriebe. Dazu gehören nach Bundesimmissionsschutz-Gesetz genehmigte, gewerbliche Schweinemastbetriebe. Viele Ferkelerzeuger hingegen nicht, weil sie bislang nicht im Tierhaltungskennzeichnungsgesetz berücksichtigt sind. Die Sauenhalter würden von den Änderungen im BauGB nur dann profitieren, wenn der in der Tierschutznutztierhaltungs-Verordnung vorgeschriebene Umbau des Deckzentrums und des Abferkelbereichs im Genehmigungsverfahren erleichtert werden sollte. Problematisch ist aus Sicht von Experten letztlich die Vorgabe, dass die Tierart nicht verändert werden darf. Betriebe, die im Rahmen eines Umbaus auf mehr Tierwohl z.B. vom geschlossenen System in die reine Mast wechseln wollen, könnten dies nicht umsetzen.

Quelle: susonline.de

Westfleisch will in Coesfeld mehr Schweine schlachten – Plan liegt vor, 24.11.2022

Westfleisch will seinen bestehenden Schlachthof in Coesfeld im Münsterland modernisieren. Gleichzeitig soll die Schlachtkapazität auf bis zu 70.000 Schweine pro Woche gesteigert werden. Auch die Logistik vor Ort will das Unternehmen in einem Zug neu organisieren. Jetzt hat die Stadt Coesfeld die Vorentwürfe für den Bebauungsplan vorgelegt.
Westfleisch hatte im August vergangenen Jahres angekündigt, seine Schlachtkapazitäten neu zu ordnen. Dazu gehört die Stilllegung des Schlachtbetriebes in Gelsenkirchen mit bisher rund 25.000 Schlachtungen pro Woche. Künftig werden alle Schweine in Hamm, Oer-Erkenschwick und Coesfeld geschlachtet. Die Gesamtkapazität im Unternehmen soll nicht zunehmen.
Bürger können Stellung nehmen zur Erweiterung in Coesfeld: Noch bis zum 6. Januar 2023 können die Baupläne auf den Internetseiten der Stadtverwaltung eingesehen werden. Bis zu diesem Termin können Bürger bei der Stadtverwaltung im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung auch ihre Stellungnahmen einreichen.
Bestandteil der ausgelegten Unterlagen sind umfangreiche Gutachten zu den Auswirkungen auf Verkehr, Emissionen, Lärm und Geruch sowie weitere Umweltbelange. Geplant ist auch eine Informationsveranstaltung am Dienstag (29.11.) um 18 Uhr im Pädagogischen Zentrum (PZ) an der Holtwicker Straße in Coesfeld.

Quelle: agrarheute.com

Verkauf von Antibiotika fast halbiert, 24.11.2022

Laut einem Bericht der European Medicines Agency (EMA) ist der Verkauf von Antibiotika für Tiere in Europa seit 2011 deutlich zurückgegangen. Laut der Analyse regelmäßiger Daten aus 25 Ländern von 2011 bis 2021 sank der Gesamtumsatz mit tierischen Antibiotika in diesem Zeitraum um 47 Prozent auf den niedrigsten Stand aller Zeiten.

„Die positiven Ergebnisse spiegeln die Bemühungen von Tierärzten, Landwirten und der pharmazeutischen Industrie wider, den Einsatz von Antibiotika zu reduzieren, um antimikrobielle Resistenzen zu verhindern. Sie zeigen auch, dass politische Initiativen der EU sowie nationale Kampagnen zur Förderung des umsichtigen Einsatzes von Antibiotika bei Tieren positive Auswirkungen haben." sagte Ivo Claassen, Leiter der Veterinärmedizin-Abteilung der EMA.

Die EU-Kommission plant in ihrer „Farm to Fork"-Strategie, den Einsatz von Antibiotika für Nutztiere und Aquakulturen bis 2030 zu halbieren. Drittel des angestrebten Ziels wurde in den 27 EU-Mitgliedstaaten erreicht.

Quelle: fleischwirtschaft.com; EMA

BMEL schafft neue Stellen für Bundestierschutzbeauftragten, 24.11.2022

Die Ampel hatte sich im Koalitionsvertrag auf die Einführung eines Beauftragten verständigt. Laut Bild-Informationen werden nun im Bundeslandwirtschaftsministerium drei zusätzliche Stellen geschaffen. In etlichen Bundesländern gibt es schon länger Tierschutzbeauftragte, die sich in der Regel hauptamtlich um die Belange des Tierwohls kümmern und als Ansprechpartner für das Thema fungieren. Die Ampelkoalition hat sich in ihrem Koalitionsvertrag im vergangenen Jahr ebenfalls darauf verständigt, einen solchen Posten auf Bundesebene zu schaffen. Nun wird es offenbar konkret.

Stellenplan 2023 liegt vor: Wie die Bild berichtete, liegt jetzt der Stellenplan des Bundeslandwirtschaftsministeriums für das Jahr 2023. Demnach sollen drei neue Planstellen für den Tierschutz geschaffen werden. Eine davon soll der Bundestierschutzbeauftragte sein. Für ihn sieht der Stellenplan die Besoldungruppe „B6" vor, was einer Vergütung von etwa 11.000 € pro Monat entspricht. Hinzu kommen zwei dem Tierschutzbeauftragten unterstellte Mitarbeiter, die jeweils in die Besoldungsgruppen „A13g" sowie „A14" eingestuft werden sollen. Das entspricht Gehältern zwischen rund 5.000 € und etwa 5.500 € je Monat. Insgesamt werden für die Posten Kosten von rund einer Viertelmillion Euro veranschlagt.

Das Aufgabenspektrum des Bundestierschutzbeauftragten ist noch nicht abschließend definiert. Nach Darstellung von Staats-sekretärin Dr. Ophelia Nick soll der Tierschutz in Deutschland durch die Einsetzung eines Bundestierschutzbeauftragten jedoch strukturell und institutionell weiter gestärkt werden. Im Fokus der Arbeit des Beauftragten würden die Weiterentwicklung des Tierschutzes sowie die Förderung der Zusammenarbeit und des Austausches zwischen Bund, Ländern und Verbänden im Bereich des Tierschutzes stehen.

Gegenüber Bild stellte das Ministerium weiter fest, dass der Tierschutzbeauftragte unabhängig und weisungsfrei sein soll. Daher soll das Amt als eigenständige Organisationseinheit ausgestaltet werden und im Austausch, mit dem bereits für Tier-schutzfragen zuständigen Fachreferat stehen. Dieser Punkt sorgt bei einigen Beobachtern für Stirnrunzeln, da man sich fragt, warum die genannten Aufgaben nicht mit dem bereits vorhandenen Personal abgedeckt werden können.

Stegemann: Für den agrarpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Albert Stegemann, ist jedenfalls eines klar: „Das zeigt mal wieder, dass Minister Özdemir Schaufensterpolitik betreibt. Es gab gute Tierwohlvorschläge, die allesamt nicht umgesetzt werden". Stattdessen werde offenbar wieder ein grüner Parteifreund in einer B6-Besoldungsstufe untergebracht, so Stegemann.

Auernhammer: Der agrarpolitische Sprecher der CSU im Bundestag, Artur Auernhammer MdB, wies ebenfalls darauf hin, dass es im BMEL bereits eine zuständige Unterabteilung für Tierschutz gibt. Trotzdem schaffe die Ampel eine Stelle für einen neuen Tierschutzbeauftragten, die den Steuerzahler insgesamt 258.000 € im Jahr kosten werde. Angesichts der neu entstehenden Doppelstruktur gäbe es sicherlich Möglichkeiten, dieses Geld sinnvoller für ein Tierschutz zu verwenden, sagte Auernhammer. Er ist gespannt, wen die Ampel mit diesem neuen Posten versorgen wird."

Quelle: topagrar.com; gekürzt

Tierhaltungskennzeichnungsgesetz passiert den Bundesrat mit zahlreichen Änderungsempfehlungen, 25.11.2022

Der Bundesrat hat heute dem Entwurf der Bundesregierung zum Tierhaltungskennzeichnungsgesetz mit zahlreichen Änderungsempfehlungen zugestimmt. Nun geht es zur weiteren parlamentarischen Abstimmung in den Bundestag.

Der Bundesrat ist in seiner heutigen Plenumssitzung der Empfehlung seines Agrarausschusses zur Ablehnung des Entwurfes des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes der Bundesregierung nicht gefolgt. Letzterer hatte seine Ablehnung u.a. damit begründet, dass der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Tierhaltungskennzeichnung wesentlich zu kurz greife und kein ganzheitliches Konzept zum Umbau der Nutztierhaltung in Deutschland vorsehe.

Zuvor hatten sowohl landwirtschaftliche als auch nicht landwirtschaftliche Verbände in außergewöhnlicher Deutlichkeit Kritik an dem Gesetzentwurf in ihren Stellungnahmen geäußert und die Mängel des Entwurfs aufgezeigt. Viele dieser Kritikpunkte wurden aber sehr wohl in verschiedenen Empfehlungen aufgegriffen, die gleichzeitig zur Zustimmung zum Kennzeichnungsgesetz mehrheitlich im Plenum beschieden wurden. Nun geht der Gesetzentwurf zur weiteren Beratung in den Bundestag. In erster Lesung soll der Gesetzentwurf noch vor Weihnachten im Bundestag behandelt werden.

Quelle: schweine.net

Agrarhaushalt 2023: Gelder sind verteilt, Plan für Tierhaltung fehlt, 25.11.2022

Den Agrarhaushalt 2023 hat der Bundestag gestern (24.11.) gebilligt. Jedoch hatte der Haushaltsausschuss die 150 Mio. Euro für das Bundesprogramm Stallumbau gesperrt, weil Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir noch kein Konzept zum Umbau der Nutztierhaltung vorgelegt hatte. In der gestrigen Debatte sagte Özdemir, dass noch mit Hochdruck an den Eckpunkten des Programms gearbeitet werde.

Dem Agrarhaushalt 2023 zugestimmt haben die Regierungsfraktionen. Die Union, AfD und Die Linke lehnten den Einzelplan ab. Keine Mehrheit fand ein Änderungsantrag der Union, mit dem sich die Fraktion für eine Erhöhung der Zuschüsse für die landwirtschaftliche Unfallversicherung knapp 77 Mio. Euro auf 177 Mio. Euro einsetzte.

Erhebliche Kürzung der Mittel für die landwirtschaftliche Unfallversicherung bleibt: Wie schon im Agrarhaushalt 2022 wird also auch im nächsten Jahr deutlich weniger Geld für die landwirtschaftliche Unfallversicherung zur Verfügung stehen. Insgesamt steigen aber die Ausgaben für die landwirtschaftliche Sozialpolitik von 3,95 Mrd. Euro in 2022 auf 4,08 Mrd. Euro in 2023. Sowohl für die Alterssicherung als auch für die Krankenversicherung der Landwirte gibt es höhere Zuschüsse als zuvor. Die AfD-Politikerin Ulrike Schielke-Ziesing kritisierte die Kürzung bei der Unfallversicherung und erinnerte an die höheren Beiträge für die Landwirte.

Verringert haben sich darüber hinaus die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) von 1,32 Mrd. Euro in 2022 auf 1,13 Mrd. Euro in 2023. Aus der GAK werden 150 Mio. Euro entnommen und für das Bundesprogramm Stallumbau eingesetzt. Diese Umverteilung kritisierte Unionspolitiker Josef Rief. Für das Bundesprogramm Tierhaltung liege noch gar kein Konzept vor, weshalb der Haushaltsausschuss die 150 Mio. Euro zunächst gesperrt habe. Laut Rief sei die Sperrung ein Indiz dafür, wie wenig Vertrauern das Parlament in Özdemirs Regierungshandwerk hat.

Özdemir kündigt Änderungen im Baurecht und bei der TA Luft an: Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir sagte in der Plenardebatte, dass der Haushaltsplan den Bauern endlich Planungssicherheit und Perspektiven gebe. Durch das Bundesprogramm zum Umbau der Tierhaltung werde die Veränderungsbereitschaft, die bei den Landwirten längst vorhanden sei, unterstützt. So stünden für die Schweinehaltung 150 Mio. Euro zur Verfügung. An den Eckpunkten des Bundesprogramms Stallumbau und den Kriterien der Förderung arbeite Özdemirs Haus nun mit Hochdruck.

Der Grünen-Politiker verkündete außerdem, dass er neben der Einführung einer Tierhaltungskennzeichnung in Deutschland auf europäischer Ebene Druck für eine Herkunftskennzeichnung ausübe. „Wir halten das, was Sie 16 Jahre versprochen haben“, adressierte Özdemir an die Union und verwies auf seine Pläne, das Baurecht und die TA Luft ändern zu wollen. Darüber hinaus hob er die Posten im Agrarhaushalt zum Förderprogramm für klimaanagepasstes Waldmanagement und zum Ausbau des Bundesprogramms für Ländliche Entwicklung hervor.

Quelle: agrarheute.com; gekürzt

Schweinebestand bricht auch in Dänemark weg, 20.11.2022

Nicht nur hierzulande, sondern auch in Dänemark stocken die Schweinehalter ihre Bestände massiv ab. Nach Angaben des Nationalen Statistikamtes wurden laut Stichprobenerhebung am 1. Oktober 2022 insgesamt nur noch 11,90 Millionen Schweine in dem nördlichen Nachbarland gehalten; das waren 1,31 Millionen Tiere oder 9,9% weniger als ein Jahr zuvor.

Bereits bei der Sommererhebung war ein Rückgang der Tierzahlen im Vorjahresvergleich von 7,5% festgestellt worden. Seit Oktober 2021 werden bei den vierteljährlichen Erhebungen im Vorjahresvergleich stetig Bestandsrückgänge verzeichnet. Nun ist die dänische Schweineherde auf den tiefsten Stand seit mehr als 20 Jahren in einem Oktober gesunken. Geringere Tierzahlen wurden der jüngsten Stichprobenerhebung zufolge in allen Kategorien verzeichnet.

Am stärksten fiel das relative Minus bei den Mastschweinen mit 11,5% auf 2,77 Millionen Stück aus. Die Zahl der Läufer im Gewichtsbereich zwischen 20 kg und 50 kg verringerte sich gegenüber Oktober 2021 um 10,6% auf 5,49 Millionen, bei den Ferkeln um 7,9 % auf 2,47 Millionen Stück. Laut den Statistikern aus Kopenhagen stockten die dänischen Erzeuger auch ihre Sauenherden merklich ab.

Die Zahl der weiblichen Zuchttiere insgesamt sank im Vorjahresvergleich um 89.000 Stück oder 7,1% auf knapp 1,16 Millionen. Dabei nahm der Bestand an trächtigen Tieren um 9,2% auf 710.000 ab; bei den nicht tragenden Sauen fiel das Minus mit 3,7% auf 447 000 deutlich geringer aus.

Laut dem Dachverband der dänischen Agrar- und Ernährungswirtschaft (L&F) sind die hohen Produktionskosten und die schlechte Wirtschaftlichkeit in der Schweineproduktion seit dem Sommer 2021 die Hauptgründe für den Rückgang des Schweinebestandes. Diese Entwicklung lässt mittlerweile auch die Zahl der Schlachtungen immer stärker sinken.

War das Schlachtaufkommen im ersten Halbjahr 2022 laut vorläufigen Daten von L&F gegenüber der Vorjahresperiode erst um 0,9% rückläufig, sind es von Januar bis Anfang November 2,9%. Verglichen mit Deutschland, wo in den ersten drei Quartalen 9,0% weniger Schweine als im Vorjahreszeitraum geschlachtet wurden, fällt der dänische Rückgang aber noch gering aus. Das liegt vor allem daran, dass weniger Schweine und insbesondere Ferkel ins Ausland verkauft und stattdessen in Dänemark selbst gemästet und geschlachtet werden.

Quelle: proplanta.de

Licht am Ende des Tunnels, 22.11.2022

Erste Indikatoren weisen auf ein Ende der aktuellen ökonomischen Krise hin. Gesamtwirtschaftlich steht das Schlimmste aber noch bevor. Im Ersten Quartal 2023 wird Deutschland in die Rezession rutschen. Prof. Timo Wollmershäuser vom ifo Institut erwartet für den Zeitraum Januar bis März gegenüber dem vierten Quartal 2022 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 1,5 Prozent. Für das gesamte kommende Jahr seien die Aussichten etwas besser, sagte der Leiter der Konjunkturforschung und -prognosen des ifo-Instituts beim Deutschen Fleisch Kongress in Mainz. Dennoch werde das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Jahr 2022 um 0,4 Prozent schrumpfen. Für 2023 rechnet Wollmershäuser mit einer Erholung und deinem Anstieg des BIP um 1,9 Prozent.

Hauptursache für die Aktuelle Krise sei ein Angebotsschock gewesen. Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten hätten zu steigenden Preisen und Einschränkungen der Produktion geführt. Hinzu käme der Arbeits- und Fachkräftemangel und Probleme in der Logistik. Viele Unternehmen hätten deshalb nicht in dem gewollten Umfang produzieren können. Das knappe Angebot habe zu sprunghaft steigenden Preisen geführt. Dies gelte nicht nur für Erdgas, sondern auch für importierte Vor-produkte und die den Container-Transport. Davon waren die Wirtschaftszweige in unterschiedlichem Umfang betroffen. Unter den hohen Energiekosten habe vor besonders die chemische Industrie gelitten, die ihre Produktion deutlich drosselte. Andere Branchen wie der Maschinenbau und die Lebensmittelindustrie hätten ihre Produktion – wenn auch nur leicht – steigern können.

In den vergangenen Wochen zeichnete sich bei den Rohstoffkosten eine leichte Entspannung ab. „Der Hochpunkt liegt hinter uns“, zeigte sich der Wirtschafsforscher zuversichtlich. Viele Preise würden dennoch weiter nahe an den Rekordständen liegen. Ein Großteil der gestiegenen Kosten werde an die Kunden weitergegeben. Doch auch bei den Erzeugerpreisen vor allem der energieintensiven Industrie zeichne sich eine Trendwende ab. Umfragen unter den Unternehmen zeigten, dass mehr als zwei Drittel der Unternehmen der Lebensmittelindustrie die Preise weiter anheben wollen.

Die höchste Inflationsrate seit 70 Jahren sorgt in Deutschland für Kaufkraftverluste. Bisher hätten die Verbraucher ihren Konsum aber kaum eingeschränkt. Eine Erklärung sei, dass viele Menschen in der Corona-Krise Rücklagen gebildet hätten, auf die sie nun zurückgreifen. Konsumenten werden sich auch in den kommenden Wochen auf steigende Preise einrichten müssen, denn die 2022 gestiegenen Kosten seien noch nicht im vollen Umfang im Einzelhandel angekommen. Die Inflationsrate werde deshalb erst im ersten Quartal 2023 ihren Höhepunkt erreichen.

Die Gaspreise sind zuletzt zwar gesunken, werden aber dauerhaft deutlich höher liegen als vor dem Angriffskrieg Russland gegen die Ukraine. „Wenn wir weiter genauso viel Gas verbrauchen, führt das zu einem Wohlstandsverlust“, machte Pro. Wollmershäuser deutlich. Zwar könnten die höheren Preise der Energiewende einen Schub geben, doch auch dieser strukturelle Wandel koste viel Geld. Die im Energiesektor getätigten Investitionen würden letztendlich in anderen Bereichen wie Bildung oder Digitalisierung fehlen.

Quelle: fleischwirtschaft.de

Schweinepreise steigen endlich: Zu wenig Schweine am Markt, 22.11.2022

Das vorweihnachtliche Geschäft im Fleischhandel sorgt für Impulse bei der Nachfrage. Auf der anderen Seite stehen relativ niedrige Angebotsmengen an schlachtreifen Schweinen. Die Preise legen sowohl im Fleischhandel als auch auf Erzeugerebene endlich zu. Die Schweinepreise steigen um 5 Cent. Der Grund: Eine anziehende Nachfrage trifft auf ein sehr kleines Ange-bot. Daran dürfte sich in den nächsten Wochen kaum etwas ändern. Das heißt auch: Die Aussichten auf weiter steigende Preise sind gut. Auch für Ferkelerzeuger.

Für den Zeitraum vom 24. November bis 11. November notierte die VEZG einen Schweinepreis von 1,95 Euro je Indexpunkt. Infolge eines sich lebhafter entwickelnden Absatzgeschäftes von Schweinefleisch steigt die Nachfrage nach Schlachtschweinen in der neuen Schlachtwoche an, sagt die Vereinigung der Erzeugergemeinschaften (VEZG) in ihrem Wochenbericht. Die Preise legen sowohl im Fleischhandel als auch auf Erzeugerebene endlich zu.

Die Fleischverkäufe waren in den letzten Tagen zufriedenstellend, heißt es weiter. Manche Artikel wie Schinken, Kotelett mit Filet und Schultern konnten moderat besser verkauft werden. Insgesamt wurde der gesamte Schlachtkörper rund einen Cent höher als in der Vorwoche verkauft. Die Absatzmengen sind im vorweihnachtlichen Geschäft gut, und mit den anstehenden Weihnachtsmärkten dürften diese auch anhalten, sagen die Marktbeobachter weiter.

Das sehen auch die Marktexperten der Interessengemeinschaft der Schweinhalter (ISN) so. Dort geht man davon aus, dass das vorweihnachtliche Geschäft im Fleischhandel für die aktuellen Impulse sorgt. Auf der anderen Seite stehen relativ niedrige Angebotsmengen an schlachtreifen Schweinen. Die Schlachtzahlen bewegten sich in den vergangen fünf Wochen gerade einmal bei durchschnittlich 760.000 Schweinen pro Woche. Vor Beginn der schweren Krise im Jahr 2019 erreichten die Schlachtzahlen zu dieser Jahreszeit regelmäßig die Marke von 1 Millionen Tieren.

Dennoch ist es noch ein langer Weg, bis zu „auskömmlichen“ Preisen. Trotz des Notierungsanstiegs sind die deutschen Schweinehalter weit von einer kostendeckenden Erzeugung entfernt, sagt die ISN. Angesichts der hohen Futter- und Energie-kosten müsste der Schweinepreis Richtung 2,50 Euro/kg SG laufen, damit Ferkelerzeuger und Mäster ihre Kosten decken können, haben die ISN-Experten ausgerechnet.

Ferkelpreise steigen ebenfalls: Am deutschen Ferkelmarkt bedingen die zunehmende Nachfrage sowie ein nicht zu umfangreiches Angebot in der laufenden Woche ansteigende Preise, berichtet die VEZG. Der Preis für 25-kg-Ferkel (200er Gruppe) wurde für den Zeitraum vom 21. November bis 27. November mit 51 Euro je Stück angegeben. Das sind 2,50 Euro höhere Preise als in der Vorwoche. Auch in der kommenden Woche dürften die Ferkel-Preise weiter steigen.

Schlachtsauen: Die steigende Nachfrage nach Verarbeitungsware trifft auf ein nur begrenztes Schlachtsauenangebot. Die Preise ziehen in der neuen Schlachtwoche erneut an, berichtet die VEZG. Für den Zeitraum vom 24. November bis 30. November wurde der Preis mit 1,26 Euro je kg

Ferkel VEZG

25 kg Notierung / 200er Gruppe

Aktuelle Woche: 51,00 EUR

(28.11.22 – 04.12.22)

Vorwoche: 51,00 EUR

Mastschweine VEZG

Basispreis je kg SG

Aktuelle Woche: 1,95 EUR

(23.11.2022)

Vorwoche: 1,90 EUR

Dieser Newsletter wurde in Zusammenarbeit erstellt von:

Tierärzte Wonsees GmbH
Kulmbacher Str. 17
96197 Wonsees
www.tieraerzte-wonsees.de

Serviceteam Alsfeld
An der Hessenhalle 1
36304 Alsfeld
www.sta-alsfeld.de

STA
Serviceteam Alsfeld GmbH

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.